SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Disziplinierung durch Kontingenz: zu einer Theorie des politischen Entscheidens

Luhmann, Niklas

Veröffentlichungsversion / Published Version
Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Luhmann, N. (1997). Disziplinierung durch Kontingenz: zu einer Theorie des politischen Entscheidens. In S. Hradil (Hrsg.), *Differenz und Integration: die Zukunft moderner Gesellschaften ; Verhandlungen des 28. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Dresden 1996* (S. 1075-1087). Frankfurt am Main: Campus Verl. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-139596

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Abschlußvortrag

Disziplinierung durch Kontingenz

Zu einer Theorie des politischen Entscheidens

Niklas Luhmann

I.

Wichtige politische Begriffe wie Staat, Demokratie, öffentliche Meinung, an die wir uns täglich halten, haben ein beträchtliches Alter. Sie sind in einer Gesellschaft entstanden, die sich deutlich von der heutigen Gesellschaft unterscheidet. Typisch sind politische Begriffe als Differenzbegriffe, als *gegen etwas* gerichtete Begriffe entstanden[1] – öffentliche Meinung zum Beispiel gegen Arkanpolitik oder die Vorstellungen über repräsentative Demokratie und das Schema von »links« und »rechts« gegen die unmittelbare Identifikation der Repräsentation mit der volonté générale in der Assemblée Nationale.[2] Mit dem Zurücktreten solcher Differenzen verlieren sie aber an Farbe und transformieren sich in Allgemeinbegriffe mit normativem Anspruch. Ihre laufende Anpassung hat eher zu Unschärfen geführt als zu klaren begrifflichen Konturen. Man darf zweifeln, ob diese Defekte durch Arbeit an Einzelbegriffen behoben werden können, wenn dafür Anhaltspunkte in einer für heutige Verhältnisse angemessenen politischen Theorie fehlen. Aber wie sonst?

Die folgenden Überlegungen wählen den Ausweg, auf einen weniger prominenten, tieferliegenden Begriff zurückzugehen, nämlich den Begriff der politischen Entscheidung. Jeden Tag wird von solchen Entscheidungen gesprochen. Die Entscheidungen selbst sind nichts anderes als Kommunikationen, die sich diese spezifische Form geben. Da Entscheidungen im täglichen Leben zuhauf vorkommen, glaubt jeder zu wissen, was damit gemeint ist. Und politische Entscheidungen – das sind eben die Entscheidungen politischer Instanzen, eingeschlossen des Volkes in der politischen Wahl. Gerade diese Selbstverständlichkeit und Alltäglichkeit könnte jedoch den Zugang zu einem Problem verschleiern. Was genau ist gemeint, wenn wir eine Kommunikation (und immer geht es um Kommunikationen!) als Entscheidung begreifen? Oder mit anderen Worten: Mit welchem Schema, mit welchen Unterscheidungen beobachten wir, wenn wir etwas als Entscheidung bezeichnen?

Wenn wir diese Frage zunächst auf politisches Entscheiden einschränken, so läßt die Diskussion über »Souveränität« im 16. und 17. Jahrhundert eine eindeutige Antwort zu. In politischen Entscheidungen ist ein Moment der Willkür, der strukturellen Unbestimmtheit, unvermeidlich. Es komme darauf an, dies Moment, das man nicht kontrollieren könne, in die Form einer Hierarchie zu bringen und an der Spitze des Staates zu konzentrieren – nicht zuletzt als Attraktion für Einflußnahmen und um der Publizität willen. Der Monarch ist eine – nein, ist die öffentliche Person. Es geht jetzt nicht mehr, wie im Mittelalter, um die Lebensführung des guten (tüchtigen, tugendhaften) Fürsten. Das Problem der Regierung kann also nicht mehr im Schema Tugend/Laster oder Fürst/Tyrann abgehandelt werden. Das Moralschema konnte jetzt nicht mehr als Natur des Entschei*ders*, sondern nur noch als Beschränkung des Entschei*dens* mitgeführt werden, und seit Machiavelli wird diskutiert, ob es nicht auch andere Gesichtspunkte gebe, zum Beispiel die der Etablierung neuer Macht oder der Erhaltung derjenigen Macht, die für Frieden und gerechte Ordnung notwendig sei. Überhaupt war Moral eine fragwürdige Bindung geworden, seitdem man sowohl außenpolitisch als auch innenpolitisch davon ausgehen mußte, daß politische Gegner sich nicht an die Moral oder nicht an dieselbe Moral halten. Das Lavieren in solchen Situationen erfordert prudentia oder Staatsräson, und diese Begriffe lassen, auch wenn sie sich einen kognitiven Anstrich geben, bereits eine Schranke kognitiver Kontrolle erkennen.

Damit beginnt die Suche nach Beschränkungen der als unvermeidlich geltenden Willkür an der Spitze des Staates, die das 18. Jahrhundert und dann die Verfassungsbewegung beschäftigen wird. Man sprach zunächst von loix fondamentales, darunter derjenigen, daß ein Souverän nichts unternehmen dürfe,

was seine Machtstellung untergrabe (zum Beispiel: Krongüter verkaufen). Im Laufe des 18. Jahrhunderts übernahmen dann Begriffe wie Gewaltenteilung, checks and balances, Öffentlichkeit und Rechtsförmigkeit aller staatlichen Akte das Problem. Die Begründung für die Notwendigkeit einer Verfassung lag zunächst in genau diesem Effekt einer Beschränkung der an sich unvermeidbaren Willkür.

Diese verfassungsrechtliche Beschreibung der politischen Entscheidung als beschränkter bzw. zu beschränkender Willkür kann sich auf einen allgemeinen Entscheidungsbegriff stützen. Entscheidung wird üblicherweise verstanden als Auswahl unter Alternativen. Die Alternativen sind, wie immer sie zustandekommen, als Beschränkungen der möglichen Entscheidung gegeben. Die Auswahl selbst kommt um ein Moment der Willkür, des strukturellen Nichtfestgelegtseins, nicht herum. Anders wäre eine Entscheidung nicht als Entscheidung erkennbar. Sie muß, anders gesagt, etwas Neues erscheinen lassen, eine neue Geschichte beginnen.[3] Damit wird der Willkür-Topos wiederholt und neu beschrieben. Zumeist wird dann eine zweite Art von Beschränkungen hinzugefügt, nämlich Kriterien der Rationalität, die die Entscheidung für den Entscheider selbst als akzeptabel erscheinen lassen (obgleich auch nichtrationale Entscheidungen, begrifflich gesehen, Entscheidungen *sind*). Entscheidungen sind dann unter dem Gesichtspunkt der Rationalität kritisierbar, aber die Kritik nimmt ihnen nicht den Charakter als Entscheidungen. Im Gegenteil: sie profitiert davon, daß Entscheidungen als Gegenstand der Kritik nicht verschwinden, sondern dieser standhalten.

Die Beschreibung der Entscheidung als Auswahl unter Alternativen erklärt die Auswahl nicht. Sie mystifiziert sie. So entsteht ein enger Zusammenhang zwischen dem verbleibenden Rätsel der Willkür und der Zurechnung der Entscheidung auf einen Entscheider. Die Entscheidung wird als Werk eines individuellen oder kollektiven »Subjekts« aufgefaßt und so erklärt. Das »Subjekt« gilt als authentischer Interpret seiner Ziele, Motive, Präferenzen, Interessen. Aber es kann »ideologiekritisch« oder »psychoanalytisch« ausgehebelt werden. So bleibt ein übergreifender Erklärungsbedarf. »Subjekt« ist schließlich nur ein anderer Ausdruck für (von außen uneinsehbare) Willkür. Es wird also nur ein Mysterium (Auswahl) durch ein anderes (Subjekt) erklärt. In der neueren Geschichte ist auf diese Weise ein enger Zusammenhang zwischen Subjektzurechnung, Hierarchiebildung und politischer Ordnung entstanden. Das Mysterium des Entscheidens wird auf Rangplätze verteilt. Die wichtigsten Entscheidungen werden oben getroffen – von Subjekten, die durch bessere Fähigkeiten, strengere Auswahl und höheres Gehalt ausgezeichnet sind. Die Untergebenen bzw. Berater legen einen Entscheidungsvorschlag vor und bit-

ten um eine go/no go Entscheidung.[4] Das begünstigt nicht zuletzt die Berichterstattung in den Massenmedien und wird durch sie zu einem öffentlichen Eindruck verstärkt. In Wirklichkeit gleicht die Politik jedoch einer Bühne, auf der mehrere Dramen gleichzeitig gespielt werden. Die Orientierung an Personen beherrscht die Szene, aber sie bleibt unzuverlässig. Es kommt zu Attributionsfehlern. Die Attributionsfehler definieren zugleich die Adressen (»Die Kultusministerin des Landes ...«), die man in der Kommunikation benutzen muß, ohne überblicken zu können, wie die Post systemintern verteilt wird. Die Frage ist, wie man sich unter solchen Bedingungen wenn nicht rational (im Sinne des »rational choice«) so doch intelligent verhalten kann.

Im Miterleben von Politik sind wir Gefangene der traditionellen Semantik. Wir können ihr nicht ausweichen, da die Politik selbst sich so versteht. Die Personzurechnung mag auch erklären, daß das System sich durch unberechenbare Elemente tragen läßt und daher die Form eines nichtlinearen dynamischen Systems ohne vorgezeichnete Bahnen (trajectories) annimmt.[5] Das entbindet aber nicht von der Frage, ob es zu dieser historischen Semantik Alternativen gibt. Wenn wir schon sehen, daß sie auf ein bestimmtes Verständnis von Entscheidung zurückgeht, könnten wir fragen, ob auf dieser elementaren Ebene Alternativen denkbar sind.

II.

Da es sich bei politischen Entscheidungen immer um organisierte Entscheidungen handelt, liegt es nahe, zunächst die Organisationswissenschaften zu konsultieren. Hier fallen in der Tat einschneidende Veränderungen auf, die sich aber auf Bedingungen der Möglichkeit rationalen Entscheidens konzentrieren. Schon in den 50er Jahren hatte Herbert Simon den Begriff der (unerreichbaren) optimalen Rationalität ersetzt durch einen Vorschlag, der seitdem unter der Bezeichnung »bounded rationality« tradiert wird. Gleichzeitig wurde die Vorstellung, daß Organisationen wie ein Individuum entscheiden könnten, aufgegeben. Im wesentlichen geht es darum, daß rationale Entscheidungen auf eine Vorwegfestlegung von Entscheidungsprämissen (seien es Programme, seien es Personen, seien es Organisationsstrukturen) angewiesen sind.[6] Das hat angeregt, stärker darauf zu achten, wie Entscheidungsprozesse organisiert sind und wie eine Organisation lernen kann. Im Anschluß daran sind tiefer eingreifende Konzepte vorgeschlagen worden, die zum Beispiel Ent-

scheidungsprozesse mit Hilfe der Mülltonnen-Metapher beschreiben.[7] Jede Entscheidung beruht danach auf einem Zusammentreffen der Komponenten Problemlösungen, Probleme, Entscheider und Opportunitäten (Wahlmöglichkeiten). Dies Zusammentreffen hängt jedoch von den organisatorischen Kontexten und vor allem von Zeit ab. Es kann weder nach dem Modell linearer Kausalität noch nach dem Modell von Intention und Verhalten begriffen werden. Es ergibt sich aus (wie immer verdichtet vorfallenden) Gelegenheiten. Das heißt nicht zuletzt, daß man sich von dem linearen, sequentiellen Modell des Entscheidungsprozesses lösen und die Zeitpunkte des Entscheidens mehr den Gelegenheiten überlassen muß.

Mit solchen Theorien sind klassische Vorstellungen über rationales Entscheiden stark eingeschränkt, wenn nicht aufgehoben. Die Forschung konzentriert sich auf Möglichkeiten intelligenten Verhaltens unter der Bedingung nicht gesicherter, ja unerreichbarer Rationalität. Man kann vielleicht sagen, daß eine Entscheidung *nachträglich* als rational beschrieben wird, wenn sie gefällt und Interessen befriedigt. Dagegen besagen diese Veränderungen der Organisationstheorie nichts für den Begriff der Entscheidung. Es geht nur um deren Kriterien. Wir müssen daher radikaler nachfragen, was eigentlich unter »Entscheidung« verstanden wird.

III.

In soziologischen Zusammenhängen und also auch in der Politiktheorie kann man Entscheidungen ohne Rücksicht darauf, was gleichzeitig in den Köpfen geschieht, als Kommunikationen auffassen, die als Entscheidungen markiert werden. Mit der Operation Kommunikation gewinnt man eine Grundlage für eine Auflösung gewohnter Selbstverständlichkeiten und für eine Neubeschreibung dessen, was unter »Entscheidung« verstanden wird. Das heißt vor allem, daß wir nicht vorab schon festgelegt sind auf die Vorstellung, eine Entscheidung sei eine durch ein Subjekt vollzogene Auswahl innerhalb von Alternativen.

Die klassische Entscheidungstheorie läßt unerklärt, woher die Alternativen kommen (oder: wie sie konstruiert werden). Sie läßt unerklärt, wie es zur Auswahl kommt. An die Stelle einer Erklärung wird der Subjektbegriff eingeführt. Wir fragen nicht nach einer »besseren« Erklärung, wollen aber versuchen, den Subjektbegriff mit all seinen Implikaten (Mystifikation, personale Zurechnung, Aufgliederung von Zurechnungen, Hierarchisierung) zu ersetzen.

Das vielleicht auffallendste Merkmal von Entscheidungen ist: daß sie etwas Neues in die Geschichte einführen. Sie müssen zu diesem Zweck zwischen Vergangenheit und Zukunft unterscheiden und für die Zukunft eine Komponente vorsehen, die sich nicht aus der Vergangenheit (sondern aus der Entscheidung) ergibt. Die Entscheidung findet die gesellschaftlich konstituierte Zeit als Differenz von Vergangenheit und Zukunft vor. Auch ohne Entscheidung wird die Zukunft nie genau so sein wie die Vergangenheit, denn in diesem Falle gäbe es keine Zeit. Was die Entscheidung zusätzlich anstrebt, ist die Konstruktion einer *eigenen* Zukunft (etwa eines Zweckes, den sie erreichen will) und einer *eigenen* Vergangenheit (nämlich ausgewählter Bedingungen, von denen sie ausgeht). Die Vergangenheit wird als unabänderlich, aber dann hochselektiv behandelt. Die Zukunft wird als unbekannt, ja als unerkennbar behandelt, aber sie wird mit bestimmten Projektionen strukturiert, so daß man erkennen kann, ob diese sich durchhalten und realisieren lassen oder nicht.[8] Das gesellschaftlich vorgegebene Zeitbewußtsein wird nicht in Frage gestellt – weder in der Unabänderlichkeit der Vergangenheit noch in der Ungewißheit der Zukunft. Aber beide Zeithorizonte werden so interpretiert, daß die Entscheidung eine eigene Beweglichkeit gewinnt.

In Anlehnung an einen Begriff aus dem Formenkalkül von George Spencer Brown kann man hier einen Wiedereintritt (re-entry) der Zeit in die Zeit erkennen; oder mit anderen Worten: der Unterscheidung vorher/nachher in die Unterscheidung vorher/nachher.[9] Mit einer solchen Operation entsteht in dem System, das sie vollzieht, strukturelle Unbestimmtheit.[10] Die gewohnten Operationen des Systems reichen nicht mehr aus, um festzulegen, was weiterhin zu tun ist. In unserem Falle: die Entscheidungen ergeben sich nicht aus dem bisherigen Verhalten des Systems. Das Entscheiden schafft sich, wenn einmal erfunden, die eigenen Bedingungen der Möglichkeit, nämlich eine hinreichende strukturelle Indeterminiertheit des Systems, das sich zu Entscheidungen genötigt sieht. Das System muß »Imagination« einsetzen. Anders kommt es nicht zu Entscheidungen.

Wir hatten schon angedeutet, wie dies geschieht: durch Projektion einer für die Entscheidung relevanten Vergangenheit und durch Projektion einer Zukunft. Dies erfordert Festlegung von Kontingenzen, und zwar auf einem ziemlich konkreten Niveau. Die Ladenschlußzeiten liegen fest, aber sie müssen nicht so festgelegt sein, wie man es vorfindet. Läden können offen oder geschlossen sein (aber nicht: einen Spalt offen oder nur für die Elite offen). Wenn man in die durch die Vergangenheit bestimmte Gegenwart Kontingenz hineinliest, weil die sie bestimmende Geschichte hätte anders laufen können, eröffnet das Perspektiven auf eine andere Zukunft. Das gelingt aber nur bei

ausreichender thematischer Spezifikation. Es mag sich um Ladenschlußzeiten handeln oder die Rinderwahnseuche, um Mastricht II oder um die Verschlechterung der Beziehungen zur Volksrepublik China. Keines dieser Themen legt fest, wie zu entscheiden ist oder auch nur: worüber genau zu entscheiden ist. Aber immer gibt es genug Führung an der Kontingenz, die nur spezifische andere Möglichkeiten vor Augen führt und andere ausschließt (das heißt: für andere Themen reserviert). Man braucht nur sehr wenige Variablen berücksichtigen und kann die Reaktion auf Ergebnisse anderen Entscheidungen überlassen.

Mit der zeitbezogenen Definition des Entscheidens geraten wir in logische Probleme. Die Grenzen der klassischen zweiwertigen Logik werden gesprengt. Vor allem kann Wiederholbarkeit nicht mehr durch Identität repräsentiert werden. Man muß den Satz der Identität durch ein (in der Wiederholung variables) Verhältnis von Redundanz und Varietät ersetzen. Das war in der klassischen Theorie nicht möglich – allein schon deshalb nicht, weil sie das Subjekt, dem die Entscheidung zuzurechnen war, als identisch voraussetzen mußte, um auf diese Weise die Prämisse von relativ konstanten Präferenzen zu gewinnen. Damit ist der Zugang zu der Einsicht verbaut, daß jede einzelne Entscheidung das Verhältnis von Redundanz und Varietät und damit die Limitierung des Neuen *für sich selbst bestimmt.*

Entsprechend verliert sich das eindeutige Verhältnis von Grund und Begründung und muß durch ein zirkuläres Verhältnis ersetzt werden, das nur durch Zeit aufgelöst werden kann. Es gibt keine unbestreitbaren Rechtfertigungen mehr. Aber eine Entscheidung kann als Grund für weitere Entscheidungen dienen *und sich damit begründen.* Aber die weiteren Entscheidungen *bleiben Entscheidungen.* Sie können eine vorausgeplante Option wählen – oder auch nicht. Jede Begründung durch Vorgriff auf weitere Entscheidungen ist daher eine Begründung durch Ungewißheit.

Die Analyse zeigt, daß die strukturelle Unbestimmtheit, die mit der Operation des Entscheidens in die Welt gesetzt wird, nicht einfach durch einen nicht einsichtigen »subjektiven« Vorgang in Form gebracht wird. (Wir schließen natürlich nicht aus, daß ein Beobachter mit Hilfe klassischer Zurechnungsgewohnheiten es so beschreiben mag.) Vielmehr erfolgt die Reduktion der strukturellen Indeterminiertheit eines Systems, das entscheiden kann, durch Einbau einer Kontingenzkonstruktion. Man kann dann immer noch fragen, wer dafür verantwortlich ist, daß dies in der einen oder anderen Weise geschieht, und man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die einfache Notwendigkeit, beschäftigt zu sein, die Politiker zu immer neuen Erfindungen anreizt. Aber das führt über den Interessenbereich einer Entscheidungstheo-

rie im engeren Sinne hinaus. Unsere Leitfrage war und bleibt, wie die strukturelle Indeterminiertheit, die mit der Einführung von Entscheidungsmöglichkeiten in Systeme entsteht, operativ bewältigt wird.

IV.

Wir haben jetzt zwei verschiedene Theoriemodelle einander gegenübergestellt. Das eine arbeitet mit dem Subjektbegriff und geht von dem Problem der Zurechnung von Entscheidungen aus. Das andere arbeitet mit dem Kontingenzbegriff und geht von der Frage aus, wie entscheidungsfähige Systeme die selbsterzeugte Unbestimmtheit in eine operativ handhabbare Form zurückbringen. Wir stehen damit selbst vor einem Entscheidungsproblem.[11] Nach den normalen Standards empirischer Sozialforschung müßte man jetzt die »Wirklichkeit« konsultieren, das heißt: nachsehen, wie wirkliche politische Entscheidungen beobachtet, beschrieben, begriffen werden. Das würde vermutlich der Subjekttheorie die besseren Chancen geben. Man liest, der Bundeskanzler, der Bundestag, die Gewerkschaft xy habe entschieden, daß ... – und niemand meldet Zweifel oder Formulierungsbedenken an. Dieser Ausweg hilft jedoch in unserem Falle nicht weiter. Denn es handelt sich um eine bereits grammatikalisch und begrifflich infizierte Wirklichkeit. Die Wirklichkeit ist in unserer Streitfrage Partei. Die Frage aber ist gerade, ob die Theorie, für die üblicherweise optiert wird (ohne daß man merkt, daß es eine Option ist), unter heutigen Verhältnissen noch adäquat ist. Um so fragen und prüfen zu können, müßte man jedoch wissen, in welchen Hinsichten sich die heutigen Verhältnisse von früheren unterscheiden.

In einer Welt ohne feste Prämissen und große Ziele gewinnen Kontext und Kontingenz an Bedeutung für die Entscheidungsprozesse.[12] Entsprechend werden vorausschauende Beobachtungen mehr und mehr durch retrospektive Beobachtungen ersetzt. Man muß sich zunächst vergewissern, von welchem Zustand, den man selbst herbeigeführt hat, auszugehen ist und in welchem Maße Konsistenz des Entscheidens überhaupt möglich oder jedenfalls darstellbar ist. Wenn dies eine angemessene Beschreibung aktueller Kontextveränderungen ist, hat dies tiefgreifende Auswirkungen auf das Verständnis, ja auf den Begriff von Entscheidungen.

Dazu ein Vorschlag. Unter heutigen Verhältnissen hängen so gut wie alle Strukturen von Entscheidungen ab. Das gilt nicht nur für das positive Recht und für die Politikprogramme, mit denen Parteien sich zur Wahl stellen und

eventuell die Regierung übernehmen. Es gilt für die Investitions- und Produktionsprogramme der Wirtschaft. Es gilt für das Angebot von Ausbildungsmöglichkeiten im Erziehungssystem und für die Gesichtspunkte, unter denen Forschungen des Wissenschaftssystems finanziell gefördert werden. Es gilt für die Frage, was und wie es in den Massenmedien publiziert wird. Es gilt für die Gründung von Familien; und selbst die Religion steht vor der Frage, ob und wie sie sich dazu einstellen kann, daß Individuen heute entscheiden, ob sie sich einer bestimmten Glaubensrichtung zuwenden oder nicht.

Daß Strukturen in diesem Umfange nicht mehr von Natur aus feststehen, sondern durch Entscheidungen bestimmt werden, führt nicht nur zu Legitimationsproblemen und gegebenenfalls zu Bifurkationen und kontroversen Entwicklungen. Es beeinflußt vor allem die Zukunftsperspektiven, denn auch in Zukunft können Strukturen durch Entscheidungen bestimmt werden, und das heißt: *man kann nicht wissen wie.* »If history is made by men, it cannot be foreknown« (Shackle a.a.O.: 134).[13] Die moderne Gesellschaft lebt infolgedessen mit einer für sie unbekannten Zukunft. Die selbsterzeugte strukturelle Indeterminiertheit wird in eine temporale Form gebracht, sie wird als gegenwärtig schon relevante, aber noch ungewisse Zukunft mitgeführt. Dies Unbekanntsein der Zukunft ist die wichtigste Bedingung der Möglichkeit des Entscheidens. »Choice is an exploitation of unknowledge« (Shackle a.a.O.: IX). Die Konsequenz ist: je breiter die Möglichkeiten der Entscheidung über Strukturen streuen, desto wichtiger wird, daß die Zukunft unbekannt ist *und unbekannt bleibt.*

Ringsum »lockern« sich denn auch die gesellschaftlichen Verhältnisse und verlangen laufende Beobachtung. Die gesellschaftliche Umwelt des politischen Systems hat sich dank der Dynamik des globalen Wirtschaftssystems, dank der täglichen Neuigkeitsproduktion der Massenmedien, aber auch dank der vermehrten Dotierung der Bevölkerung mit anspruchsvollen, langjährig verdienten Bildungsabschlüssen destabilisiert. Die Politik kann ihre Umwelt nicht mehr nur im Schema festliegender Interessen wahrnehmen. Die Umwelt wird als chaotisch, als bestimmt durch nichtlineare Dynamiken und unvorhersehbare Wechselwirkungen erfahren. Plötzlich muß man auf unvorhergesehene Konstellationen rasch reagieren können. Der Anteil an nicht-planbaren Entscheidungen nimmt zu. Außerdem ist das System selbst durch eine Vielzahl von teilnehmenden Organisationen endogen unruhig. Es gibt nicht mehr nur den letztzuständigen Staat, der nur darauf zu achten hat, daß seine Politik in der Bevölkerung keine »Unruhen« auslöst. Eine Vielzahl anderer politischer oder semipolitischer Organisationen, von politischen Parteien, politisch agierenden Wirtschafts- und Berufsverbänden bis zur politischen Presse sorgen

für ein unkoordiniertes Wirrwarr von Impulsen, die Reaktionen herausfordern. Das System produziert unter diesen Umständen eine wachsende Zahl von restriktiven Regulierungen, die ihrerseits als Problemlösungen zu Problemen, als Output zum Input werden. Allein das mag inzwischen genügen, um eine Eigendynamik zu erzeugen, die sich mehr und mehr von der ohnehin nicht kontrollierbaren Umwelt ablöst und selbständig »Politik treibt«.

Anders als eine verbreitete Darstellung es will, kann es also nicht darum gehen, politische Entscheidungen durch bessere »Informationen« auf eine solidere Grundlage zu stellen. Informationen sind nicht Wissenspartikel, die Stück für Stück zusammengesetzt werden könnten. Informationen sind punktuierte Überraschungen, die, in Massen produziert, nur bestätigen, daß alles auch anders sein könnte. Sie beziehen sich sehr typisch auf bereits getroffene Entscheidungen und auf deren Neuigkeitswert. Insofern ist eine »Informationsgesellschaft« eine Gesellschaft, die sich selbst ständig durch Entscheidungen überrascht und die daraus entstehenden Irritationen in die Form von Information bringen muß.[14]

Wenn man diese knappe Skizze zugrunde legen darf, spricht viel für den Kontingenz-Ansatz. Nach wie vor kommt es zur Zurechnung von Entscheidungen auf Entscheider. Aber wenn man Entscheidungen beobachten will, ist es oft wenig hilfreich, zu wissen, wer entscheidet. Das gilt besonders für organisierte Entscheidungen – zumal Organisationen diese Frage gar nicht oder nur mit Hilfe von Fiktionen beantworten können. Eher mag es nützen, den Spielraum einschätzen zu können, den eine bestimmte Konstellation kontingenter Annahmen, Vergangenes und Künftiges betreffend, offen läßt. Die mit der Souveränitätsdiskussion gewachsene Willkürproblematik ist damit nicht vom Tisch.

Aber bei genauerem Zusehen wird sich herausstellen, daß es Willkür in einem empirisch greifbaren Sinne gar nicht gibt. Der Begriff verdeckt nur unwillkommene Einflüsse auf den Entscheidungsprozeß. Auch der Subjektbegriff gibt nicht genug Führung, wenn man mehr und mehr damit rechnen muß, daß das Subjekt, das für eine Entscheidung verantwortlich zeichnet, sie gar nicht selbst getroffen hat und möglicherweise nicht einmal über die Zeit und den Einfluß verfügt, um sie zu ändern. Vielleicht bietet deshalb der noch nicht ausprobierte Kontingenz-Ansatz bessere Beobachtungsmöglichkeiten. Er könnte zumindest verständlich machen, daß ein System, das mit der Fähigkeit zu entscheiden ausgestattet ist, sich selbst in einen Zustand der strukturellen Indeterminiertheit versetzt, indem es sich nicht durch Logik und nicht durch Kausalwissen weiterhelfen kann, sondern nur durch selektiven Einsatz von Imagination.

V.

Wenn man von Subjekttheorie auf Kontingenztheorie umstellt, kann man einer verbreiteten Forderung besser gerecht werden, nämlich der Forderung, den Kontext des Entscheidens stärker zu berücksichtigen.[15] Diese Forderung richtet sich gegen die in Organisationen, aber auch in der Politik verbreitete Gewohnheit, einem Subjekt einen Entscheidungsvorschlag zu unterbreiten und auf Annahme zu drängen. Statt dessen sollte ein Problem identifiziert und verschiedene Möglichkeiten seiner Lösung aufgewiesen werden.[16] Entweder versucht man, ein Subjekt zu einer Entscheidung zu überreden; oder man klärt, welche Alternativen in einem thematischen Zusammenhang zur Verfügung stehen. Im ersten Fall wird man dazu tendieren, einen bestimmten Entscheidungsvorschlag möglichst eingehend auszuarbeiten, vor allem im Hinblick auf zu erwartende Folgen. Im anderen Falle erreicht man eine Klärung dadurch, daß man ein Problem identifiziert und die vorgeschlagene Entscheidung mit ihren Alternativen vergleicht.

Während man unter diesen, eher kognitiven Aspekten deutliche Vorteile einer Klärung des Kontingenzrahmens erkennen kann, gerät der Versuch, die Entscheidungstheorie auf ein themenspezifisches Kontingenzmanagement festzulegen, in ein schwieriges Verhältnis zur Planungstheorie. Pläne sind ein Substitut für das Unbekanntsein der Zukunft. Sie versuchen, dieses Nichtwissen durch eigene Komplexität auszugleichen. Die Grunderfahrung allen Bemühens um Planung besagt daher, daß man nie nur eine Sache allein tun kann.[17] Das heißt auch, daß zum Verabschieden und Durchführen eines Planes immer viele Entscheidungen erforderlich sind. Man mag sich auf einen Text einigen und ihn durch Entscheidung in Kraft setzen. Aber das besagt nur, daß Entscheidungsprämissen für künftige Entscheidungen festgelegt werden, die sich in neuen Situationen dann immer noch überlegen können, ob sie den Prämissen blind folgen oder diese revidieren. Man kann Pläne daher als Rahmenfestlegung der Kontingenzen begreifen, die ein Entscheiden ermöglichen. Und vielleicht auch als Angabe von Präferenzen für bestimmte Entscheidungen. Aber daß in der absehbaren Zukunft dann immer noch entschieden werden muß, und dies typisch mit einer Vielzahl von Entscheidungen, kann dadurch nicht ausgeschlossen werden. Und da auf Entscheidungen weitere Entscheidungen folgen werden und jede von ihnen eine noch ungewisse Zukunft konstruiert, kann man auch sagen, daß Planungen die Unbestimmtheit der Zukunft strukturieren; ja sie vergrößern die Unbestimmtheit sogar dadurch, daß sie bestimmte Prämissen festlegen, an denen die Differenz von bestimmt und unbestimmt kristallisiert.

Auch Planungen dienen daher einem Kontingenzmanagement. Sie bringen einen offenen Bereich von Möglichkeiten, zum Beispiel der Verwendung von Geld oder der Festlegung von Rechtsvorschriften, in eine bestimmte Form. Sie schließen die Entscheidung über andere Pläne zum gleichen Thema aus und entlasten dadurch das Entscheiden. Aber bei genauerem Zusehen zeigt sich schnell, daß damit nur eine Verschiebung der Entscheidungsthemen erfolgt. Man muß jetzt entscheiden, ob bestimmte Vorhaben im Rahmen eines bestehenden Plans durchgeführt werden oder nicht. Auch dafür ist das Zurückgehen auf eine subjektive Intention wenig hilfreich. Eher wird es nützen, die thematische Fixierung bestimmter Kontingenzen, sei es der Vergangenheit in der Form von Ressourcen, sei es der Zukunft in der Form von zu steigernden oder zu verringernden Differenzen, zu analysieren.

Anmerkungen

1 Vgl. die entsprechenden literaturgeschichtlichen Thesen der Leidener Schule, zum Beispiel Henk de Berg/Matthias Prangel (Hrsg.), Kommunikation und Differenz: Systemtheoretische Ansätze in der Literatur- und Kunstwissenschaft. Opladen 1993; dies. (Hrsg.), Differenzen: Systemtheorie zwischen Dekonstruktion und Konstruktivismus. Tübingen 1995.

2 Speziell hierzu Marcel Gauchet, La Révolution des pouvoirs: La souveraineté, le peuple et la représentation 1789-1799. Paris 1995; ders., La droite et la gauche, in: Pierre Nora (Hrsg.), Les lieux de mémoire Bd. III. Paris 1992: 395-467.

3 Vgl. G.L.S. Shackle, Imagination and the Nature of Choice. Edinburgh 1979.

4 So Andre L. Delbecq/Peter K. Mills, Structure Which Executives Can Implement Under Conditions of Ambiguity to Increase Innovation Within Average Organizations, in: Louis R. Pondy et al. (Hrsg.), Managing Ambiguity and Change. Chichester 1988: 145-176 (151).

5 Siehe für die Wirtschaft zum Beispiel Peter M. Allen, Evolutionary Complex Systems: Models of Technological Change, in: Loet Leydesdorff/Peter van den Besselaar (Hrsg.), Evolutionary Economics and Chaos Theory: New Directions in Technology Studies. London 1994: 1-17.

6 Vgl. Herbert A. Simon, Models of Man, Social and Rational: Mathematical essays on rational human behavior in a social setting. New York 1957: insb. 196 f., 245 ff.

7 Siehe Michael D. Cohen/James G. March/Johan P. Olsen, A Garbage Can Model of Organizational Choice. Administrative Science Quarterly 17 (1972): 1-25. Zur aktuellen Diskussion findet man Beiträge in: Massimo Warglien/Michael Masuch (Hrsg.), The Logic of Organizational Disorder. Berlin 1996.

8 Heute spricht man oft von »strategischer« Planung oder von »strategischen« Entscheidungen, um diese Einrechnung von nichtberücksichtigten Möglichkeiten zu kennzeichnen. Es handelt sich also um eine nahe Verwandte des allgemeinen Paradoxes des Einschließens des Ausschließens.

9 Siehe George Spencer Brown, Laws of Form. Neudruck New York 1979: 56 f.

10 Spencer Brown: unresolvable indeterminacy.

11 Daß wir hier in einen Zirkel hineingeraten, indem wir voraussetzen müssen, was wir suchen, liegt auf der Hand, ist aber bei gesellschaftstheoretischen Analysen, die ja in der Gesellschaft ausgeführt werden müssen, unvermeidlich. Um so mehr kann und muß man die Aufmerksamkeit auf die Frage konzentrieren, wie der Zirkel gebrochen und asymmetrisiert wird.

12 »Context and Contingency – national, local, or corporate – suddenly explain most things in a world with no grand rhythm or reason«, liest man mit Bezug auf Wirtschaftsunternehmen bei Charles Sabel, Moebius-Strip Organizations and Open Labor Markets: Some Consequences of the Reintegration of Conception and Execution in a Volatile Economy, in: Pierre Bourdieu/James S. Coleman (Hrsg.), Social Theory for a Changing Society. Boulder-New York 1991: 23-54 (24).

13 Anders (bezogen auf einzelne »Macher«) die in der Tradition übliche Lehre, z.B. Kant im »Streit der Fakultäten« Abschnitt II, 5 und 7.

14 Siehe Niklas Luhmann, Entscheidungen in der »Informationsgesellschaft«. Ms. 1996.

15 Vgl. Alain Lavallée, Stratégie de Gestion et Complexité: Un Approche Épistémologique et Cognitive, in: Revue Internationale de Systémique 10 (1996): 57-77.

16 Hier muß allerdings angefügt werden, daß die Identifikation eines Problems keineswegs eine Garantie dafür bietet, daß Alternativen in den Blick kommen. Das »Problem« kann einfach eine andere Beschreibung der Entscheidung sein, die man ohnehin vorhat. Vgl. hierzu auch Richard M. Cyert/James G. March, A Behavioral Theory of the Firm. Englewood Cliffs N.J. 1963.

17 »We can never do merely one thing«, liest man bei Garrett Hardin, The Cybernetics of Competition: A Biologist's View of Society, in: Walter Buckley (Hrsg.), Modern Systems Research for the Behavioral Scientist: A Sourcebook. Chicago 1968: 449-459 (457).